

Schon wieder:

Gewalt gegen öffentlichen Dienst reißt nicht ab

Die Welle von Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin weitet sich immer weiter aus. "Die drängenden Forderungen des dbb berlin nach einem umfassenden Sicherheitskonzept", dürfen bei den politisch Verantwortlichen nicht länger auf taube Ohren stoßen", empörte sich dbb Landeschef Frank Becker nach den jüngsten tätlichen Angriffen im Sozialamt Adlershof und der JVA Heidering.

Die schlimmsten Narben nach solchen Vorfällen sind nicht sichtbar. Die Kolleginnen und Kollegen leiden teilweise über mehrere Jahre hinweg. Unsere besten Wünsche sind bei den Opfern.

Verbale und tätliche Gewalt ist mittlerweile bei fast allen Berliner Behörden, bei den Verkehrsbetrieben oder auch in den Schulen an der Tagesordnung, ohne dass der Senat und insbesondere der Regierende Bürgermeister ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen wären und wirksame Schritte zur Sicherheit ihrer Beschäftigten eingeleitet hätten.

"Der dbb berlin hat längst aufgezeigt, was konkret zu tun ist, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Gewaltattacken und ihren langfristigen Folgen zu schützen", erinnerte Becker.

Zwingend erforderlich sind neben baulichen und technischen Maßnahmen an Gebäuden insbesondere auch Fortbildungen und Handlungskonzepte für die Beschäftigten, speziell auch die Dienstvorgesetzten, denn diese sind oft hilflos und dafür schlecht ausgebildet.

Darüber hinaus muss die Thematik bereits in den Ausbildungskanon des öffentlichen Dienstes Aufnahme finden.

Berlin, 22. Oktober 2019